

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Gail  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsspaltige Kolonelleiste:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### „Aus Deutschlands Waffenschmied“

Ein lateinisches Sprichwort heißt: Bücher haben ihre Schicksale. Wir können hinzufügen: Manches Buch verdient, schnell vergessen zu werden. Uns liegt ein vor etwa zwei Monaten erschienenes Buch vor,\* von dem man annehmen darf, daß sein Verfasser selber es schon für nicht mehr zeitgemäß hält. Herr Dr. Reichert ist Geschäftsführer im Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, also in einem Unternehmerverbande. Wenn wir dies vorweg bemerken, so fällt es nicht schwer, ein ungünstiges Vorurteil gegen das vorliegende Buch zu erwecken. Ein solcher Vorwurf kann uns um so weniger treffen, als wir in Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung einen Aufsatz des Herrn Verfassers aufgenommen haben, der sich für die Einverleibung des Erzbeckens von Longwy und Briey ausdrückt.

Der Verfasser gewährt in dem Buche dem Leser zunächst einen kurzen Einblick in die deutsche Schwermetallindustrie. Ein erschöpfendes Bild konnte er auf den wichtigen Bogen, die ihm zur Verfügung standen, natürlich nicht geben. Immerhin ist seine Schilderung recht anschaulich und mag für denjenigen, der bisher noch keine Einsicht in diese Gewerbe hatte und vor allen Dingen lernen will, um was es sich dabei handelt. Daß einige Abbildungen ziemlich mangelhaft sind, ist vermutlich nur dem Papiermangel zuzuschreiben, ein Mangel, der um so mehr auffällt, wenn man dieses Buch vergleicht mit dem Buche „Eisenhütte“ von Stille und Staudel.\*\* Allerdings ist dieses Buch gänzlich auf Kunstschulbuchpapier gedruckt. Wäre es nicht inländisch gewesen, auch für das Buch von Reichert besseres Papier aufzutreiben, nötigenfalls mit Unterstützung durch die Unternehmer, zu deren Preise das Buch geschrieben worden ist? Durch eine bessere und größere Abbildung hätte man auch einen tieferen Eindruck von dem auf Seite 23 besprochenen Hochofenabtrieb erhalten, der durchaus kein so gemühtlicher Vorgang ist, wie er nach der Abbildung einem vorkommen muß.

Am wichtigsten und von bleibendem Werte sind in diesem Buche die Angaben über die Kriegsergebnisse der deutschen Schwermetallindustrie, und man wird auch nach dem Kriege noch auf dies Buch zurückgreifen müssen, wenn man Vergleiche über die Weiterentwicklung der Industrie anstellen will. Selbstverständlich muß man sich dabei stets vergegenwärtigen, daß in diesem Buche alles durch die Unternehmerbrille gesehen erscheint. Bei der Schilderung der Kriegspolitik (Seite 47) vergißt der Verfasser zu bemerken, daß die Unternehmer, geschützt durch die Zollgesetze, vor dem Kriege Eisen und Stahl im Inland zu hohen Preisen, im Ausland jedoch zu Schleuderpreisen veräußerten. Der Schiffbau genoss damals bekanntlich Zollfreiheit für Rohmaterial und Stahl. Dadurch ergab sich dann der unnatürliche Zustand, daß die Werkbesitzer im Ausland deutsches Eisen trotz der Hin- und Herbahrt billiger kaufen konnten als im Inland. Nach Dr. Reichert soll dieser Zustand jedoch die günstige Folge gehabt haben, daß die deutschen Schwermetallindustriellen auf dem ausländischen Markte ihre wirtschaftlichen Gegner zurückgedrängt und deren Eisenerzeugung niedriger gehalten haben (Seite 62). Dadurch hätte die deutsche Eisenerzeugung vor der ausländischen einen gewaltigen Vorsprung erhalten. Jetzt wissen wir ja alle, was von dieser Behauptung zu halten ist. Derselben Wert hat folgende Bemerkung auf Seite 56:

Das ist das Höchste, was die Eisen- und Stahlindustriellen leisten können: Möglichst große Mengen denkbar vervollkommener Kriegsmittel zu schaffen, die den Feind vernichten, aber auf unserer Seite kostbare Menschenleben, also das Blut unseres Volkes, schonen.

Herr Dr. Reichert vergißt, daß die Kriegsgegner Deutschlands auf diesem Gebiete mindestens ebenso tüchtig sind. Denken wir nur an den Massenverbrauch von Geschützen und Geschossen, ferner an den Masseneinsatz von Flugern und Panzerwagen.

Stauben und Grauen erfaßt den Leser, wenn er auf den Seiten 67 und 68 die Angaben über den Massenverbrauch von Eisen in diesem Kriege liest. Dr. Reichert kommt auf Grund seiner Berechnungen zu dem Ergebnis: Daß auf deutscher Seite in den ersten 45 Monaten dieses Krieges annähernd 60 Milliarden Kilogramm Eisen verbraucht worden sind. Er stellt dann noch folgende Betrachtung an:

Könnte man daraus einen eisernen Ring schmieden und ihn am Äquator um den Erdball legen, dann würde das laufende Meter dieses eisernen Ringes nicht weniger als 30 Zentner wiegen. Gönnte man aber aus derselben Menge einen Schußwall aus Eisen und Stahl errichten, um auf allen Schlachtfeldern, nämlich in Frankreich und Belgien, in Italien, Rußland und Rumänien, sowie im Balkan, ferner in Kleinasien und Palästina, also auf einer Länge von 6000 Kilometern Schutz zu finden, so würde das laufende Meter dieses Eisenwalls etwa 200 Zentner wiegen!

Die Ententemächte sind auf diesem Gebiete bekanntlich auch nicht nützlich gewesen und haben ebenfalls nicht wenig in Erz und Eisen geleistet. Zahlenangaben liegen uns darüber noch nicht vor; erst nach dem Kriege wird, wer dann noch lebt, genauer darüber erfahren werden. Es werden dann unzählbar hohe Zahlen bekanntgemacht werden. An diese denkt Herr Dr. Reichert in seinem Buche noch nicht. Und das was zu Nord und Brand, zu Tod und Vernichtung! Und wie hauerlich „erfolgreich“ sind diese Anstrengungen! Welches Meer von Blut, welche Masse von Toten, Versümmelten und Kranken! Wen da nicht Entsetzen erfaßt vor dem Wahnsinn des Krieges, dem ist nicht zu helfen. Es sei uns gestattet, in diesem Zusammenhange an eine kleine Schrift von Parvus\*\*\* zu erinnern, die im vorigen Jahre erschienen. In dieser weist Parvus nach, daß es den Kriegführenden nicht anders geht als bei günstigstem Ausgang des Krieges unmöglich ist,

Vorteile aus dem Kriege zu erzielen, die die unerhörten Opfer an Gut und Blut aufwiegen. Das trifft sowohl für die Mittelmächte als für die Ententemächte. Seit dem Erscheinen dieser Schrift hat sich die Sachlage bekanntlich noch bedeutend verschlimmert und für die Mittelmächte in den letzten Monaten noch besonders.

Als Dr. Reichert diese Zahlen schrieb, hing ihm und seinen Bestimmungen gewiss der Himmel noch voller Segen. Nachdem nun aber ihre Politik nicht den von ihnen gewünschten Erfolg gehabt hat, wird ihre Stimmung ohne Zweifel ziemlich lahmjämmerlich sein. Dasselbe ist davon zu sagen, daß der Verfasser am Schlusse seines Buches nicht nur für Anzeigen im Westen eintritt, sondern sogar auch noch im Osten, obwohl wir mit dem neuen Königreiche Polen bekanntlich „in Frieden und Freundschaft“ leben. Daß der Verfasser auf diese Stelle des Buches besonderen Wert legt, geht daraus hervor, daß er in dem für die Zeitungen beigelegten Nachwort ausdrücklich auf die von Reichert befürwortete Einverleibung der Erzbecken von Briey und Longwy hinweist. Wenn nun auch nach menschlichem Ermessen keine Aussichten auf solche „Angliederungen“ an das Deutsche Reich mehr vorhanden sind, so wird darüber sicher noch manches geredet und geschrieben werden. Wir können es deswegen an dieser Stelle mit einer kleinen Andeutung bewenden lassen.

Es wäre natürlich noch manches über das Buch zu sagen. Wir können hier nur noch auf das eingehen, was Dr. Reichert über die Arbeiterschaft sagt, der er einen besondern Abschnitt widmet. Er behauptet, daß vor dem Kriege weite Kreise des deutschen Volkes „durch die politische Stimmungsmache“ die Arbeiterschaft in falschem Lichte gesehen hätten. Der Begriff Arbeiterschaft sei dem „Proletariat“ gleichgesetzt worden. Auch Gelehrte, Dichter und Künstler hätten sich von „solchen Ideen“ anstecken lassen und „die Sozialdemokratie“ habe diese Hilfe gerne gesehen. Dieser sei es nur um Stärkung ihrer Partei zu tun gewesen und zu dem Zwecke habe sie sich vor allem an die Arbeiterschaft gewandt und ihren Agitationsstoff aus dem Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer geholt. Der international gerichtete Zug der Sozialdemokratie sei, wie es schien, am stärksten in Deutschland ausgeprägt gewesen. Als der Krieg unvermeidbar wurde, habe manches deutsche Herz gebrannt, „ob sich die so lebhaft internationalen Ideen haltende Arbeiterschaft auch voll und ganz für die Vertreibung des deutschen Vaterlandes einsetzen würde.“ „Glücklicherweise“ sei der deutsche Arbeiter „ein ganz anderer Mensch, als man es beim deutschen Volke immer eingerechnet hat.“ Und nun hebt Herr Dr. Reichert (Seite 75) ein Loblied auf den deutschen Arbeiter an. Wir sind selbstverständlich ebenfalls der Meinung, daß der deutsche Arbeiter dafür gelobt zu werden verdient, daß er in der Stunde der Gefahr nicht versagt hat, wenn wir natürlich in manchen Einzelheiten nicht mit Herrn Dr. Reichert übereinstimmen. Bei Herrn Dr. Reichert erweckt dieses Lob Erinnerungen an das früher von den Unternehmern dem deutschen Arbeiter ausgestellte Zeugnis, daß der Arbeiter selber brav und zufrieden sei und daß nur „Fehler“ die Schuld trügen, wenn er dann und wann auffällig werde. Wenn man Herrn Dr. Reichert weiter hört, so hat der Arbeiter zu so etwas nicht die geringste Veranlassung. Von 1888 bis 1913 sei bei einer Vermehrung der Arbeiterschaft der Eisenindustrie auf das Dreifache eine Steigerung der Löhne auf das Fünffache eingetreten. Im letzten Friedensjahr hätten die 1,7 Millionen Arbeiter eine Lohnsumme von 2257 Millionen Mark, der einzelne Arbeiter im Durchschnitt also rund 1330 M. erzielt. Auch vor dem Kriege habe es viele Arbeiter gegeben, die 2000 M. und noch mehr verdient hätten. Und nicht nur das, Familien, in denen nicht bloß der Vater, sondern auch ein oder zwei Söhne arbeiteten, konnten schon damals ein Einkommen erzielen, das ihnen ein Leben gleich einer höheren Beamtenfamilie erlaubte.“ (Seite 78.) Der Anteil der Eisenarbeiter an der Gesamtzahl der gewerblichen deutschen Arbeiter habe im Jahre 1913 etwa 16 v. H. betragen, ihr Anteil an der Gesamtlöhnsomme jedoch 19,6 v. H. Die Eisenarbeiter gehörten also „zu den bestentlohnten Kräften“.

Wie wir sehen, macht Herr Dr. Reichert sich seine Beweisführung sehr leicht. Er wiederholt nur das, was schon vor Jahren in der deutschen Arbeiterpresse auf seinen wahren Wert zurückgeführt worden ist und rechnet stattdessen auf Gedankenlosigkeit bei seinen Lesern. Daß eine Durchschnittslöhnsomme von 1330 M. auch vor dem Kriege nur ein entbehrungsreiches Leben ermöglichte, ist schon oft genug nachgerechnet worden. Außerdem unterläßt Herr Dr. Reichert wohlweislich jede Anbeugung über die Länge der Arbeitszeit, die Zahl der Arbeitstagen und die Sonntagsarbeit, die nötig war, um dieses „große“ Einkommen zu erzielen. Einen besondern Trunpf glaubt Herr Dr. Reichert mit der Behauptung ausspielen zu können, daß Familien, in denen nicht nur der Vater, sondern auch ein oder zwei Söhne arbeiteten, das Einkommen einer „höheren Beamtenfamilie“ hätten erzielen können. Nehmen wir an, das stimmt, so ergibt sich, daß zwei oder drei Eisenarbeiter — wenn sie nicht durch Krankheit oder Unfälle von der Arbeit abgehalten werden — bei schwerster Arbeit und täglich zehn- bis zwölf- oder noch mehrstündiger Arbeitszeit ebensoviel verdienen könnten als ein „höherer Beamter“ bei sechs- bis achtstündiger Arbeitszeit und nicht zu knapp bemessenem jährlichen Urlaub. Außerdem werden sich die Söhne des höheren Beamten dafür bedanken, daß auch sie in ihren jungen Jahren schon durch schwere Arbeit zum Unterhalte der Familie beitragen sollen! Sie ziehen es vor, „das Leben zu genießen“; im besten Falle arbeiten sie während dieser Jahre in aller Gemächlichkeit an ihrer Ausbildung, damit sie ebenfalls in die Lage kommen können, gutbezahlte Beamter zu übernehmen. Herr Dr. Reichert wird wohl selber zugeben, daß da doch ein kleiner Unterschied vorhanden ist. Es kommt noch hinzu, daß in keinem anderen Beruf der Arbeiter so schnell verdrängt wird wie im Schwermetallgewerbe. In einem Alter, wo in anderen Berufen der Arbeiter noch volle Leistungsfähigkeit entwickeln kann, muß der Eisenarbeiter sich schon nach „leiblicher“ Beschäftigung umsehen, die ihm dann aber auch weniger einträgt. All dies ist in der Metallarbeiter-Zeitung schon so oft erörtert worden, daß wir nicht noch einmal darauf eingehen brauchen, ebensowenig auf die Behauptung des Herrn Dr. Reichert, daß der Arbeiter vor dem Kriege „höheren Lohnes“ als der „Mittelklasse“ (Seite 79).

Auf die Gewerkschaften geht Herr Dr. Reichert nur an einer einzigen Stelle ein (Seite 83), wo er sagt:

Vielach hat man, die Gewerkschaften seien es, überhaupt die Arbeiterorganisationen, welche den Arbeitern zu höheren Löhnen verholfen hätten. Ist das in dieser Form richtig? Wie stimmt hierzu denn die Tatsache, daß im Kriege die Gewerkschaften ganz erheblich an Mitgliederzahl und Wirksamkeit verloren haben, daß im Zeichen des Burgfriedens nur verhältnismäßig wenig Lohnkämpfe vorgekommen sind, und daß trotzdem zu keiner Zeit die Löhne schneller und höher gestiegen sind als im Kriege? Nein, so stark ist keine Arbeiterorganisation wie der Arbeitermangel infolge des Krieges. Daran hat auch das Hilfsdienstgesetz, welches auch die letzte Arbeitskraft für die Kriegswirtschaft mobil machen wollte, nicht viel geändert, denn das Gesetz beschränkt sich auf die Gesamtziehung der Männer und läßt die weibliche Arbeitskraft außer Betracht.

Herr Dr. Reichert muß während der letzten Jahre den Gewerkschaften nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Was den Mitgliederbestand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes betrifft, also der Gewerkschaft, mit der sein Unternehmerverband vorwiegend zu tun hat, so bietet ihm ein Blick in die Metallarbeiter-Zeitung Gelegenheit, jede Woche die neuesten Zahlen kennen zu lernen. Er hätte sehen können, daß unsere Mitgliederzahl zwar auf etwa 230 000 zurückging, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 jedoch ein Aufstieg einsetzte, der mit einigen Schwankungen auch standgehalten hat. Unser Verband hat jetzt ungefähr 4 1/2 hunderttausend Mitglieder; laut Jahrbuch des Vorstandes waren zu Beginn des Jahres zum Jahresende 1917 420 000 Mitglieder, vom Jahresende 1917 entlassen betrugen 105 000. Nach Reicherts Ausführungen muß man annehmen, daß die Arbeiter das Vertrauen in den Gewerkschaften verloren hätten. Mit den von uns eben angegebenen Zahlen stimmt dies jedoch nicht überein. Daß die Gewerkschaften in dieser Kriegszeit eben anders arbeiten müssen als früher, ist klar, und nicht zum mindesten sieht das die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder ein.

Herr Dr. Reichert macht dann noch bemerkenswerte Ausführungen über die Unternehmer und über die künftigen Aussichten des Eisenerzeugnisses. Wir können jetzt leider nicht mehr darauf eingehen, behalten uns aber vor, es nachzuholen. Aus dem Gesagten geht hervor, daß wir Herrn Dr. Reichert in vielem nicht zustimmen können. Das hält uns jedoch nicht ab, sein Buch unseren Lesern zu empfehlen, hauptsächlich denen, die berufen sind, unter den Mitgliedern unseres Verbandes belehrend und aufklärend zu wirken. Um Einseitigkeit in der Ausbildung zu vermeiden, muß man auch auf Stimmen hören, die nicht aus dem Lager der Arbeiterschaft kommen.

Noch ein Wort zum Schlusse, das zwar nicht in Dr. Reicherts Buch steht, das jetzt aber zeitgemäßer ist als je. Herr Dr. Reichert betrachtet Deutschland als Waffenschmied. Hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo das Waffenschmiedet als ein überwundener Standpunkt gelten kann und nur noch in geringfügig kleinem Umfange ausgeübt werden muß. Dann hätten die Metallarbeiter, die heute gezwungenermaßen als „Waffenschmiede“ tätig sind, zwar zu einem friedlichen Berufe umzulernen; aber wir zweifeln nicht, daß sie dies ziemlich ausnahmslos auch gerne tun werden.

### Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung

(Schluß)

Diese Tatsachen werden auch bestätigt durch die besonderen Erfahrungen mit dem Achtstundentag in den englischen Staatswerkstätten im Woolwich-Arsenal. Die Leute arbeiteten dort in Friedenszeiten nur im Achtstundentag und die Erfahrung hat gezeigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden keinen Arbeitsausfall gebracht hat, sie leisteten das gleiche Maß von Arbeit wie früher auch nachher. Und dies, trotzdem die Trade-Unions mit der Arbeitszeitverkürzung die Absicht verfolgten, für die Arbeiter einen Platz zu schaffen, die Reservarmee zu verringern und den Unternehmern zu zwingen, für dieselbe Arbeit mehr Arbeiter einzustellen. Diese Schiffsbauer und Metallarbeiter hatten nicht den Ehrgeiz, dem englischen Staate durch vermehrte Arbeit die gefällige Stunde wieder zurückzugeben und durch gesteigerte Arbeit die gleiche Arbeitsleistung während der achtstündigen wie vorher während der neunstündigen Arbeitszeit zu bieten, und dennoch ist der Fall eingetreten, daß sie nolens volens (ob sie wollten oder nicht) fleißiger gearbeitet sind.

Es bedarf kaum, daß die Frage als endgiltig erledigt, daß es gar keiner Gründe bedürfte, gar keines guten Willens, um diese Verknüpfung der Arbeitsgeschwindigkeit an die Arbeitszeit herbeizuführen; daß es sich vielmehr selbsttätig herstellt, sogar da, wo gewissermaßen ein „höherer Wille“ anzunehmen ist.

Um die in den verschiedensten Industrien und bei den verschiedensten Nationen gemachten gleichartigen Wahrnehmungen, daß Arbeitszeitverkürzung keine Arbeitsverminderung zur Folge hat, zu erklären, untersuchte Abbe folgende Fragen: 1. Was ist gemeinsam in Hinsicht auf die Betätigung der Personen auf so ganz verschiedenen Arbeitsgebieten? 2. Was ist in Hinsicht auf die zu betrachtende Wirkung allen Menschen gemeinsam, die den gewöhnlichen Bedingungen, die der menschliche Organismus bietet, unterliegen?

Das Gemeinsame der industriellen Arbeit erblickte Abbe in der Arbeitszeitverkürzung und ihren Wirkungen, das heißt in der fortwährenden täglichen ganz gleichmäßigen in jeder Beziehung, nach Menge und Beschaffenheit sich wiederholenden Tätigkeit, der immer sich wiederholenden Einseitigkeit, mit der sie geübt wird, die Tag für Tag dieselbe Art von Ausdehnung bringt, dieselben Muskelteile ermüdet, dieselbe Art von Körperhaltung aufreht, dieselbe Gruppe von Tätigkeiten, von Einzelheiten aufwiegend, im Gegensatz zu der Mannigfaltigkeit der Beschäftigung, wie sie früher, in der alten Zeit, das Handwerk bot, wo der Handwerker alle aus dem Stoffe heraus, um das fertige Ergebnis herzustellen, die allerhand verschiedensten Dinge zu betreiben hatte, auch im Gegensatz zu der Betätigung in der Landwirtschaft, wo viel vom Wetter abhängt und der

\* Aus Deutschlands Waffenschmiede. Mit zahlreichen Bildern und Tafeln. Von Dr. J. Reichert. 1918. Reichsverlag Hermann Falkoff, Berlin-Sehndorf-Post. 112 Seiten. Preis 2,50 M.  
\*\* Mit 62 Abbildungen von Max Stedel. H. Voigtländers Verlag in Leipzig.  
\*\*\* Die soziale Bilanz des Krieges. Von Parvus. Berlin 1917. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H. 30 Seiten. Preis 25 Pf.

eine Tag diese, der andere Tag eine ganz andere Tätigkeit mit sich bringt.

Mit dieser Gleichförmigkeit und fortgesetzt übereinstimmenden Einseitigkeit der Spannungsnahme ist die fortgesetzte Ermüdung immer derselben Organe, derselben Muskelgruppen und Nervenzentren, derselben Gehirntheile verbunden, weil alle Verrichtungen, mögen sie in Muskel- oder Sinesarbeit bestehen, immer in derselben Weise von früh bis abends, Tag für Tag, jede Woche sich wiederholen.

Es muß daher für alle Arbeiter, die unter diesen Bedingungen stehen, tägliche Wiederholung eines bestimmten Kräfteverbrauches und völliger Erholung durch Ruhe und Ernährung, dem Durchschnitt nach Tag für Tag ein vollständiges Gleichgewicht hergestellt werden. Die Ermüdung oder der Kräfteverbrauch muß im Durchschnitt Tag für Tag vollkommene Ausgleichung finden durch den Kräfteersatz oder die Erholung, in der Ruhe und Ernährung, weil die geringste Einbuße fortwährend anwachsend und schließlich zerstörend wirken müßte.

In sehr eingehender Weise untersuchte Abbe den Vorgang und das Wesen der Ermüdung, wobei er die bekannte Tatsache feststellte, daß die industrielle Arbeit es mit sich bringt, daß die Arbeiter entweder den ganzen Tag stehen oder sitzen müssen bei ihrer Arbeit und nur wenige von ihnen Gelegenheiten haben, innerhalb der Tageszeit eine nennenswerte Abwechslung vorzunehmen. „Wenn Sie sich vorstellen“, sagte Abbe zu seinen Zuhörern, denen er die Vorträge über die volkswirtschaftliche Bedeutung des industriellen Arbeitstages hielt, „was das heißen wollte, wenn ein Mann gar nicht zu arbeiten hätte, aber angehalten wäre, dieselbe Körperhaltung 8 oder 10 Stunden fortzusetzen, wie zum Beispiel an der Drehbank 8 oder 10 Stunden täglich zu stehen oder in einer gewissen Körperhaltung zu sitzen, wie man sie etwa bei Ausführung seiner Arbeiten nötig hat, so würde der Mann sicher am Ende der 8 oder 10 Stunden ermüdet sein, obwohl er gar nichts getan hat.“ Unter diesen Umständen bedeutet jede Verkürzung der Arbeitszeit, die bewirkt, daß die Leistung in der verkürzten Arbeitszeit sich zum mindesten, einen reinen Gewinn an Kraft für die beteiligten Personen.

Abbe führte dann weiter aus, wenn man denke, ein Mann könne ein bestimmtes Lagermaß in 8 Stunden leisten, er wäre aber genötigt, 10 Stunden darauf zu verwenden, so sei das ganz genau dasselbe, wie wenn man ihm erlaubt, seine Arbeit in 8 Stunden fertig zu machen, ihm aber zumutet, noch weitere 2 Stunden in derselben Körperhaltung, sitzend oder stehend da zu bleiben, daselbe Geräusch zu hören, dieselbe Aufmerksamkeit anzuwenden, um Gefahr abzuwehren, jedoch ohne etwas zu tun. „Ich sage, genau in derselben Art, wie die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden eine bedeutende Ersparnis gebracht hat für den Übergang der Maschinen, so bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit eine entsprechende Ersparnis an Kräfteverbrauch für den Übergang der Menschen.“

Diese Kraftvergeudung durch nutzlosen Leerlauf des Menschen geht auf Kosten der Mithildung der Intelligenz und der geistigen Regsamkeit des Menschen und bedeutet, daß ein wertvolles Kapital, welches Deutschland besitzt in der natürlichen Intelligenz seiner arbeitenden Schichten, zum größten Teil brach liegen bleibt, weil die Bedingungen abgeschritten sind, unter denen diese Intelligenz zur Geltung kommen könnte.

Abbe betonte sodann die geistig verdobernden und abkumpfen den Wirkungen der Arbeitsteilung auf den Menschen, die aber nicht deren Behausen veranlassen können, sondern eben zur unmöglichen Verkürzung der Arbeitszeit und Vermehrung der freien Zeit führen müssen, um die Möglichkeit für geistige Anregung anderer Art zu gewähren, damit die Arbeiter nicht geistig herunterkommen und damit sie trotz der Einseitigkeit ihrer täglichen Arbeit noch die Fähigkeit behalten, mit dem Verstand mitzuwirken, mit Nutzen Dinge zu betrachten, die nicht unmittelbar bei der Arbeit vorzukommen.

In dieser Betrachtung der kulturellen Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung kommt Abbe zu der Erklärung, daß alles, was darauf ausgeht, die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes zu heben — und Deutschland darf sich rühmen, daß es in Hinblick auf die Intelligenz seiner arbeitenden Volksschichten keinem andern Lande nachsteht, aber Intelligenz ohne Betätigung ist Gold im Schoß der Erde — dieses große geistige Kapital wirtschaftlich in Betätigung zu stellen, sich unter die Lösung stellen muß: Möglichste Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie, möglichste Verminderung der Kraftvergeudung infolge Leerlaufes durch Verlängerung der Ruhezeit und Verkürzung des Tages: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Schlaf und 8 Stunden Mensch sein.

Gegen den ablehnenden Standpunkt des Herrn im Hause sich wendend, verwies Abbe auf die tatsächlichen Zustände mit dem proletarischen Weltentum in den ersten Jahren des englischen Industriekapitalismus bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein, bis um diese Zeit der gesetzliche Festsetzungstag für die Textilindustrie mit der verkürzten Arbeitszeit von 14, 15 und 16 Stunden täglich aufnahm und die Arbeiterzeit hob, mit deren gesteigerter Leistungsfähigkeit auch die Unternehmer ein vorzügliches Geschäft machten, so daß auch ihre frühere Prognose mit der Auswanderung des Kapitals verschwand. Sehr zutreffend betonte Abbe, daß das englische Festsetzungsgesetz mit seinen ansehnlichen Währungs die Bedeutung eines internationalen Gesetzes gewonnen, von dessen Widerstreit ganz Europa erleidet würde, da es auch auf dem Festland die Verkürzung der Arbeitszeit und damit in Hand damit die Anschaffung neuer Maschinen zur Folge hätte.

Wichtig bemerkenswert ist jedoch, daß Abbe, der so eifrig und groß sich zu begeistern vermochte für das englische Schuttmengesetz und seine bedeutenden erziehenden Wirkungen, sich wenig von der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung in Deutschland versprach, hier vielmehr seine Hoffnungen auf die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter, auf die Gewerkschaften setzte. Abbe begründete indes seinen Standpunkt so: Nachdem seit dem Erlaß des englischen Festsetzungsgesetzes mehr als ein halbes Jahrhundert verlossen sei, würde ein deutsches Festsetzungsgesetz — das ja inzwischen in der Zeit für einen Teil der Arbeiterzeit geschaffen wurde — praktisch einen gewissen Rückschritt der deutschen Arbeiterzeit bedeuten, der sehr wohl unter einer längeren Arbeitszeit feucht, besser, im höchsten oder mehr hemmend als fördernd sein. Mit einem solchen gesetzlichen Rückschritt der Arbeitszeit würde der Umkreisung zur längeren Zeit, der Zweck auf eine viel längere Arbeitszeit gelaufen, da dann auch die Festsetzungsgesetze meinen würden, sie handelten nur zu 9 Stunden überzugehen. Aber das heißt dann die Motive, die bisher die sozialpolitische und auf Arbeiterzeit gerichtete Gesetzgebung geleitet haben, jeder Weise eine gesetzliche Fixierung von 9 Stunden zu erwirken, würde scheitern an dem Argument: Denn, die nur 10 Stunden zu arbeiten haben, sich zu nicht mehr zu können, warum sollen sie die Hälfte der Gesetzgebung? Es ist ohne Hoffnung, daß der Festsetzungstag der Bewegung durch die Gesetzgebung weiter gefördert werden könnte.

Und darum hofft Abbe auf die sieghafte Tätigkeit der Gewerkschaften, dieser organisierten Vertretung der Arbeiter, die in eminentem Grade Interessen des ganzen Volkes sind. Wenn Abbe in seinen der letzten gehaltenen Reden über den Festsetzungstag noch mehr Insulte, in dem Sinne von die Arbeitszeitverkürzung machte es sich dann, daß

### Leset in eurem Mitgliedsbuche!

Es steht mehr drin als ihr denkt. Vor allen Dingen schaut die Seiten 3 bis 5 an. Dort befinden sich „Verhaltensmaßregeln“ für die Mitglieder. Damit sollen den Verbandsmitgliedern nicht „von oben herab“ Befehle erteilt werden, sondern es sind nur Aufklärungen und Ratsschläge, die ganz besonders für neu aufgenommene Mitglieder notwendig sind. Was ist bei der Beitragszahlung zu beachten? Wie kann man seine Verbandszugehörigkeit und seine im Verbands erworbenen Rechte erhalten, wenn man aus irgend einem Grunde nicht in der Lage ist, seine Beiträge zahlen zu können? Was hat man beim Wohnungswechsel, beim Eintritt in den Militärdienst, beim Besuch einer Fachschule, oder bei der Rückkehr davon zu tun? Wie geschehen die Ab- und Anmeldungen? Was ist bei Annahme von Arbeit oder bei der Erhebung von Unterstützungen zu beachten? Auf was hat das Mitglied zu achten, wenn es seinen Anspruch auf Unterstützungen nicht verlieren will? Wie verhält das Mitglied sich bei Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis? Alle diese Fragen und noch etliche mehr beantwortet die drei enggedruckten Seiten im Verbandsbuche. Manches Mitglied hat sie nicht gelesen — zu seinem eigenen Schaden. Daran ist aber nicht der Verband schuld, sondern niemand anders als das nachlässige und dann auf den Verband schimpfende Mitglied selber. Angehörte Tausende von Mitgliedern haben aber durch Erfüllung leichter und selbstverständlicher Pflichten sich wertvolle Rechte im Verbands gesichert. Also beachtet, was in eurem Mitgliedsbuche steht

### und handelt danach!

Arbeiter und fortgeschrittene Unternehmer vorgehen, so hat der inzwischen eingetretene gewaltige Fortschritt der Unternehmerorganisationen und die kapitalistische Solidarität gegen die Arbeiter sich als stärker erwiesen als alle Streitpunkte der Unternehmer im eigenen Lager. Und so muß die Gewerkschaft allein kämpfen gegen das geinige gesamte Unternehmertum.

In dem Schlußteil seiner Vorträge formte Abbe aus dem gewaltigen wirtschaftlichen Weltkampf zwischen Deutschland und England mit glänzender Ausdrucksweise ein machtvolleres Beweismittel für die weitere Arbeitszeitverkürzung in der deutschen Industrie. War feinerzeit die Arbeitszeitverkürzung für die englische Industrie das Zauberwort, den Weltmarkt zu erobern und allen anderen Völkern siegreich vorauszuweilen, dabei das eigene arbeitende Volk emporzuheben, so läge es nun jetzt an Deutschland, durch kräftiges Voraussetzen und Ueberholern mit kurzer Arbeitszeit und hohen Löhnen und entsprechend gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit die erste Stellung in friedlicher Weise auf dem Weltmarkt zu erobern. Daher sollte das deutsche Unternehmertum auf das alberne Spiel mit dem roten Lappen verzichten, denn die Bestrebungen der Sozialdemokratie in dieser Richtung zielen in ganz hervorragendem Maße auf die Interessen des Gemeinwohles, auf die Hebung der Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes. Und Abbe schloß mit den gesüßelten Worten: Wenn das Festhalten an diesem Standpunkte seitens unserer bürgerlichen Kreise bisher Unverständnis und Torheit gewesen ist, so wird das weitere Festhalten an diesem Standpunkt für die Zukunft Greuel zu nennen sein.

Wird der aufreizende und aufregende Mahnruf des toten Abbe an die Unternehmer vergeßlich sein? Sie haben bisher bei langer Arbeitszeit und unzulänglichen Löhnen Milliarden auf Milliarden gehäuft und unermessliche Reichtümer zusammengekauft. Ob sie entschlossen sind, an ihrem „bedürftigen Methosen“ auch für die Zukunft festzuhalten, mit Selben und Judasbausegen sie zu sichern, wird die nächste Zukunft zeigen.

Der tote Abbe wendet sich auch an die lebenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und diese werden sein Testament ausführen. Sie werden den von ihm so dringend empfohlenen Aktionentag ertingen und erkämpfen.

### Beitrag zu den „Hohen“ Löhnen der Währungsarbeiter

Das Gesetz über die „hohen“ Löhne der Währungsarbeiter ist trotz der wichtigen Bedeutung, welche die Statistik des Vorstandes in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung brachte, nicht ganz verstanden. Der Kriegsgewinnler im Arbeitermittel“ prüft nicht nur in der Arbeiterzeitung und den ihr nachstehenden Kreisen, sondern mächtig sich leider auch der Stellen, die laut Hilfsdienstgesetz die Entscheidung über die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter haben. Kein gewöhnlich benachteiligt sich diese jüngste Kriegskrankheit auch derjenigen Arbeiter, die sich früher nie um Arbeiterfragen bekümmert haben. Fordert man jedoch die Exzentrer auf, einmal das fette Munitionarbeiterleben auch aufzusuchen, dann bekommt man tausenderlei Ausreden. Schließlich bleibt von den „hohen“ Löhnen der Währungsarbeiter nichts übrig als der nachwirkende Dampf der Phantasie.

Die folgende Aufstellung zeigt die „hohen“ Löhne bei einer Millionennahme, die vor dem Kriege in Bezug auf Unternehmergewinn weder nationale Grenzen, noch während des Krieges in Bezug auf

Lohnstatistik der Firma Schichau in Danzig bis 1. Oktober 1918.

Table with columns: Vegetation der Gruppe, Wochenlöhne (1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918), Höchstlohn, and various other wage-related metrics for different worker groups.

### Zur Übergangswirtschaft

Dazu wird uns aus Köln a. Rh. geschrieben: Nach fünfzig Monate langem Weltkrieg sind auch in Deutschland sich die Verhältnisse zu überfordern an. Wir sind auf dem besten Wege, mit Hilfe einer parlamentarischen Regierung den Frieden zu bekommen. Sobald dieser greifbare Gestalt annimmt, wird der Zusammenbruch unserer Kriegswirtschaft eintreten und Hunderttausende von Arbeitern werden arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit kann, je nach dem der Friede ausfällt und die Demobilisierung des Heeres wesentlich schneller vor sich gehen muß als vorgesehen war, weit größer und schlimmer werden als es bei Kriegsausbruch 1914 der Fall war.

Die erste Sitzung des erweiterten Rates unseres Verbandes, die am 28. und 29. Januar d. J. stattfand, befaßte sich eingehend mit der Übergangswirtschaft und es wurden in einer längeren Entscheidung unsere Forderungen niedergelegt. Es sind inzwischen neun Monate verlossen, aber von Reichs wegen ist bis jetzt in all den Dingen noch sehr wenig oder gar nichts geschehen. Es ist auch kaum zu verlangen, daß die neue Regierung in wenigen Wochen das schafft, was schon seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert, aber von der früheren Regierung nicht erfüllt wurde.

Unsere Gewerkschaftsorgane müssen deshalb unverzüglich an die Gemeindebehörden herantreten, damit so schnell als möglich alle Vorbereitungen für die Übergangswirtschaft getroffen werden. In der Stadterordnetenversammlung der Stadt Köln stellen unsere Genossen im Mai d. J. nach dieser Richtung Anträge, die von unserem Kollegen Haas begründet wurden. Da die Kölner Arbeitslosenversicherung schon im Frieden viel von sich reden machte und die Anträge und Ausführungen unseres Kollegen Haas fast für alle Städte zutreffen, lassen wir nachstehend das Wichtigste folgen. Die gestellten Anträge lauten:

- 1. Die Arbeitslosenunterstützung von der bestehenden Vorstufe der Stadt Köln vollständig zu trennen.
2. Die Unterstufungsätze der Feuerungsverhältnissen anzupassen.
3. Die von Berufsvereinen gezahlten Unterstufungen sind auf die städtischen Unterstufungen nicht anzurechnen.
4. Krankenkassenmitglieder, welche arbeitslos werden und Unterstützung beziehen wollen, sind verpflichtet, sich bei ihrer Krankenkasse gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung mindestens in der 2. Grundlohnklasse weiterzuversicherer. Sie erhalten die Versicherungsbeiträge der 2. Lohnklasse von der Arbeitslosen-Unterstützungskasse ersetzt.
5. Krankengeldbezüge werden auf die Unterstützung in jedem Fall voll angerechnet.
6. Gleichzeitig fragen wir an, welche Maßnahmen sind von der Stadt Köln geplant, um den aus dem Felde heimkehrenden Arbeitern und Angestellten, sowie den durch die Beendigung der Kriegswirtschaft arbeitslos werdenden Arbeiterinnen und Arbeitern nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu beschaffen?

Kollege Haas begründete die Anträge wie folgt:

Ohne Prophezeien zu wagen, darf man wohl sagen, daß sich der Übergang vom Krieg zum Frieden in unserm Wirtschaftsleben nicht ohne große Erschütterungen vollziehen wird. Je länger der Krieg dauert, desto bestimmter wird in der Übergangszeit mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen sein. Es sind das direkte Folgen des Krieges. Ich hoffe aber, daß Sie den Gedanken, daß die Allgemeinheit die Pflicht hat, für eine ausreichende Arbeitslohnfürtorge zu sorgen, mehr fördern und unterstützen werden, als alle wirtschaftlichen Strichen vor dem Kriege es vermochten. Die Kölner Stadterordneten sowie die Kölner Stadterordnetenversammlung haben schon seit Jahren vor dem Krieg bewiesen, daß sie diesen Grundgedanken in erheblichem Maße vertreten. Ich erinnere nur an die Gründung der Versicherungsstelle gegen Arbeitslosigkeit im Winter des Jahres 1896, an die von der Stadt 20000 M Zuschuß gezahlt wurden. Ferner an die Umgestaltung dieser Kasse in die Versicherungsstelle gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit im Jahre 1911, die von der Stadt jährlich 100000 M Zuschuß erhielt. In dem gleichen Sinne liegt auch die Gründung der Vorstufeklasse, die in den ersten Kriegsmontaten 1914 vorgenommen worden ist. Nach meinem Dafürhalten ist es aber nicht genug, daß die Gemeinden dem von mir angeführten Grundgedank in weitem Maß Rechnung tragen, sondern es muß alles getan werden, damit auch Staat und Reich Mittel zur Erfüllung der erartiger sozialer Pflichten zur Verfügung stellen. Einzelne Berufsgruppen und Industriezweige werden unter den

Arbeiterentlohnung nationale Arbeiterfreundlichkeit kamte. Dagegen entwickelte sie großen Widerstand gegen die gewerkschaftliche Vertiefung ihrer Arbeiter, sie schreute dabei nicht vor der Verkörperung organisierter Arbeiter jurid, bezeichnate die Gewerkschaftsleiter, die die berechtigten Wünsche der Arbeiter zur Geltung zu bringen suchten, als „Aufwiegler und Terroristen“, die man wie „bissige Hunde auf freier Kat“ bestrafen sollte.

Wie es um das wirtschaftliche Wohl der Arbeiterschaft einer solchen Firma bestellt ist, geht aus den Zahlen hervor. Es klingt manchem gewiß wie ein „Märchen“, daß es heutzutage noch Wochenlöhne gibt, daß es mehr Feuerungszulage als Lohn und daß man mit einem so niederen Stundenlohn, der sich nach der Umrechnung aller Zulagen ergibt, überhaupt leben kann. Das ist nur möglich, weil die Arbeiterschaft sich auf andere Weise hier nicht näher zu erläutern Wege zu helfen suchen muß. Eine Firma aber, die die industrielle Ruhe durch solche niedrige Löhne dauernd stört, muß öffentlich gekennzeichnet werden, um nicht zu sagen, daß sie nach Recht und Gesetz in Schachhaft genommen werden müßte.

Tabellenübersicht: für jedes Kind unter 14 Jahren 2 M die Woche.

Folgen des Krieges besonders schwer zu leiden haben. Dadurch wird eintraten, daß eine Anzahl Gemeinden, die von derartigen Industrien besonders stark durchsetzt sind, weit größere Aufwendungen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Arbeitslosen zu machen haben als andere Gemeinden. Das ist nach meinem Dafürhalten ein großes Unrecht, denn an den Ursachen der kommenden Arbeitslosigkeit, oder besser gesagt, an den Folgen des Krieges sind die industriellen Gemeinden nicht mehr schuld als alle anderen. Deshalb bitte ich die Stadterhaltung, mit uns darüber einzutreten, daß das Reich größere Summen zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung stellt.

Zu der bisherigen Föhrer-Einrichtung, die auch nach dem Kriege für längere Zeit bestehen bleiben muß, beantragen wir unter I, daß die Arbeitslosenunterstützung von der Vorkasse vollständig getrennt wird. Das ist nach meiner Meinung notwendig, denn die Arbeitslosen sollen keinen Verzicht, sondern eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, auf die sie berechtigten Anspruch haben. Die Ansicht des früheren Oberbürgermeisters, Eggeling-Wallraf, daß der Arbeiter das Gefühl haben müsse, daß er später, wenn es ihm wieder besser ginge, die Unterstühtungsbeiträge zurückzahlen habe, ist durchaus falsch und entspricht nicht dem Grundsatz, daß die Allgemeinheit verpflichtet ist, für die Arbeitslosen, die infolge der kapitalistischen Produktionsweise oder infolge des Krieges arbeitslos werden, zu sorgen. Die Gewerkschaften müssen sich auch deshalb dagegen wenden, weil dadurch viele Arbeiter, die die Unterstützung wirklich verdienen, abgehalten werden, diese Unterstützung zu nehmen. Das ist vor allen Dingen die große Zahl der gemeinschaftlich organisierten Arbeiter. Dann ist vor allen Dingen meiner Überzeugung nach auch jeglicher Anstoß zu vermeiden, als wenn die Arbeitslosenunterstützung irgend etwas mit der Armenunterstützung zu tun hätte. Ich darf hier wohl an zwei Fälle erinnern, die der frühere Beigeordnete, Dr. Fuchs, in seiner Denkschrift im Jahre 1911 geschrieben hat. Es heißt da bezüglich einer ähnlichen Einrichtung in St. Gallen: „Der schlimmste Mißgriff war der, daß die Kasse mit dem Armensekretariat verbunden war; es ist ganz natürlich, daß eine derartige Verbindung die Einrichtung mißliebiger machen mußte. Bei allen Maßnahmen, die irgendwie gegen Arbeitslosigkeit getroffen werden, ist eine äußerliche Trennung vom Armenamt notwendig.“ Die Sätze sind unbedingt richtig, und schon aus diesem Grunde sollte eine Trennung vorgenommen werden.

Zu Nr. 2 unserer Anträge brauche ich wohl nicht viel zu sagen. Die Unterstützungssätze, wie sie im Jahre 1915 festgesetzt wurden, sind im Jahre 1916 um 50 v. H. erhöht worden, entsprechen aber durchaus nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Ein Vergleich mit den nach meiner Meinung aufbesserungsbedürftigen Kriegsunterstützungssätzen für die Familien der zum Heere Eingezogenen würde dies sofort ergeben.

Unter 3 verlangen wir, daß ein bisheriges Unrecht aufgehoben wird. Der gemeinschaftlich organisierte Arbeiter, der sich schon jahrelang gegen Arbeitslosigkeit versichert hat, muß dafür auch den vollen Vorteil gegenüber dem Unorganisierten genießen; es darf ihm nichts von seiner gemeinschaftlichen Unterstützung angerechnet werden. Geschieht es trotzdem, so haben sich die Gewerkschaften zu überlegen, ob sie zugunsten der Stadt Unterstühtungen zahlen wollen. Die Gewerkschaften haben im ersten Kriegsjahre über 30 Millionen an Arbeitslosenunterstützung aufgezahlt. Es wäre durchaus zu verurteilen, wenn von den Behörden darauf nicht weitestgehende Rücksicht genommen würde.

Unter 4 verlangen wir etwas Neues, was bis jetzt nicht war, aber nach unserer Meinung sehr berechtigt ist. Der mörderische Krieg mit seinen gewaltigen menschlichen Erschütterungen und seinen ungeheuren Arbeitsleistungen hat einen erheblichen Teil der Menschen in einen Zustand versetzt, in dem sie jeden Tag zusammenzubrechen drohen. Wir wissen aus der Friedenszeit, daß wirtschaftliche Krisen die Krankenabgaben erheblich anschwellen lassen. Noch viel mehr wird das bei der kommenden Krise der Fall sein. Die menschliche Arbeitskraft wird aber nach dem Kriege für den Wiederaufbau Deutschlands die allergrößte Bedeutung haben. Gesundheit und Arbeitskraft werden die wichtigsten Güter sein. Diese Güter zu hegen und zu pflegen ist die Aufgabe aller und die vorteilhafteste Sozialpolitik, die es geben kann. Daher ist es für die Gesamtheit notwendig, daß die Arbeiter und Angestellten auch dann, wenn sie arbeitslos werden, sich und ihre Familien gegen Krankheiten aller Art weiterversichern. Die Stadt selbst und mit ihr die Steuerzahler haben auch ein großes finanzielles Interesse daran, denn in vielen Fällen müßten bei Arbeitslosigkeit Arzt und Apotheke doch auf irgendeine Art von der Stadt bezahlt werden.

In Punkt 5 unserer Anträge fragen wir an, welche Maßnahmen von der Stadt geplant werden, um Arbeitslosen aller Art Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Jeder von uns hier in diesem Saale und darüber hinaus wird die Ansicht vertreten, daß Arbeit besser ist als Unterstühtung, und daß letztere erst in Frage kommen soll, wenn keine Arbeit vorhanden ist. Das aber zu prüfen ist vor allen Dingen eine Aufgabe der Arbeitsnachweise, und daher ist zweifellos die Arbeitslosenunterstützungsfrage eigentlich nur im Zusammenhang mit der Arbeitsnachweisfrage zu lösen. Darüber macht der frühere Beigeordnete Dr. Fuchs in seiner Denkschrift, die ja unter Mitarbeit des späteren Leiters der Arbeitslosenversicherungskasse, Dr. Rabenmaier, herausgegeben worden ist, sehr gute und wertvolle Ausführungen. Wir haben hier in Köln trotz der gut geleiteten städtischen Arbeitsnachweisanstalt auf diesem Gebiete leider eine sehr starke Zerstückelung. Außer den Gewerkschaftsarbeitsnachweisen befinden vor dem Krieg noch der Arbeitsnachweise des Metallindustriellenverbandes. Während des Krieges haben wir dann erleben müssen, daß zwei Arbeitsverordnungen den Versuch gemacht haben, ebenfalls selbständige Arbeitsnachweise zu gründen. Die Versuche sind an dem Widerstand der gemeinschaftlich organisierten Arbeiter insofern gescheitert, als der Gouverneur beide Nachweise verboten hat. In dieser Zeit halte ich es für sehr nützlich, wenn die Stadterhaltung die Initiativen ergreifen und in einer gemeinsamen Besprechung es einmal versuchen würde, die in unserm Wirtschaftsleben soviel Streit entlassende Frage zum Nutzen aller Beteiligten sowie zum Nutzen des städtischen Arbeitsnachweises zu lösen. Als Gewerkschaftsführer sind wir die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bekannt, aber angefaßt der gewaltigen Aufgaben, die uns zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege bevorstehen, glaube ich, müßte auch die Arbeitsnachweise in dieser Frage, wie es die Gewerkschaften schon lange sind, ebenfalls zum Frieden bereit sein.

Die Fragen sind sehr brennend und tut Eile not. Die Verhältnisse liegen so, daß der Not gehorchend, von den bürgerlichen Vertretern aller Schattierungen wesentliches zu erreichen ist. Deshalb muß die organisierte Arbeiterschaft sofort ihre Rechte geltend machen.

### Unser Verband in der 220. Kriegswocde

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 220. Kriegswocde ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Gumbinnen, Senftenberg, Neuköln a. d. Orla, Götze, Schwaikalden, Langermünde, Borge, Barel, Redel-Schulau und Landshut.

In der Berichtswocde wurden (außer Berlin) 4398 neue Mitglieder aufgenommen. 492 Mitglieder wurden mehr zum Heere eingezogen als entlassen.

2288 Mitglieder = 206 v. H. waren krank gemeldet, an die 6600 A. Unterstützung ausbezahlt wurden. Die Krankenzahl ist also gegen die Normocde bereits wieder um 902 oder 0,20 v. H. der Mitgliederzahl gestiegen. Von der Steigerung sind alle Bezirke betroffen mit Ausnahme von Berlin, wo die Krankenzahl die gleiche wie in der Normocde geblieben ist. Nach den bisherigen Meldungen über das weitere Fortschreiten der Grippe ist für die folgende Wocde eine weitere erhebliche Steigerung der Krankenzahl zu erwarten.

### Übersicht über die Zeit vom 6. bis zum 12. Oktober 1918.

Mittel	Verwaltungstellen		Mittel-gliederzahl auf den 1. d. Woche	Davon vom Heere entlassen	Mittel-gliederzahl auf den 8. d. Woche	Davon vom Heere entlassen	Mittel-gliederzahl auf den 12. d. Woche	Davon vom Heere entlassen	Mittel-gliederzahl auf den 15. d. Woche	Davon vom Heere entlassen	Mittel-gliederzahl auf den 18. d. Woche	Davon vom Heere entlassen
	haben	berichtet										
1.	30	1	11901	10	150	62	11751	1	0,01	8		
2.	32	—	15763	35	252	59	15511	14	0,09	59		
3.	32	1	10945	6	34	8	10911	13	0,12	90		
4.	50	—	53433	64	233	64	53650	52	0,10	172		
5.	74	5	41162	51	270	107	40322	15	0,04	143		
6.	40	2	41883	49	313	147	41570	22	0,05	71		
7.	34	—	78784	53	592	120	78142	11	0,01	70		
8.	27	—	31650	21	232	70	31288	—	—	—		
9.	49	—	59714	87	571	132	59143	10	0,02	8		
10.	37	1	40913	51	383	116	40630	11	0,03	91		
11.	1	—	70219	66	100	100	70119	108	0,15	445		
Zus.	406	10	456657	493	3210	935	453447	257	0,06	1092		

Einschließlich der im Laufe der Wocde zugewandten, Neuaufgenommenen und vom Heere Entlassenen.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 3. November der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. November 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Alte . . . . .	10	10	10	45. Beitragswocde.
Wittorf . . . . .	80	15	15	45.
Oberstein . . . . .	15	15	15	45.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung: Das nachfolgende genannte Mitglied wird gemäß § 23 Abs. 8 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Peilbronn: Der Nieter Hermann Kessel, geboren am 8. März 1876 zu Girschberg (Schles.), Buch-Dr. ?, wegen Nichterfüllung seiner Verpflichtungen als Unterfasser.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16, 1. Geldsendungen, die nicht auf das Postkontonto 6803, Postfachamt Stuttgart, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Berner, Stuttgart, Rätestraße 16, 1. Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll. Bei Geldsendungen an öffentliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

### Berichte

#### Heimungsmonitore.

Stuttgart. In der hiesigen Zentralheizungsindustrie bestand seit dem Jahre 1911 ein zwischen Unternehmern und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgeschlossener Arbeits- und Lohnvertrag. Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses wurden seine Lohnsätze und Auswärtszulagen im Dezember 1917 erhöht. Bemühungen unseres Verbandes, weitere Erhöhungen im Sommer d. J. herbeizuführen, scheiterten durch das Verhalten der Heizungsgesellschaften. So wurde der Vertrag vom Metallarbeiter-Verband auf 5. Oktober 1918 gekündigt. Die nun eingereichten Forderungen waren in mehrmaligen gemeinsamen Sitzungen Gegenstand von Verhandlungen. Hierbei kam die nachfolgende, über Württemberg und Baden sich erstreckende neue Lohnvereinbarung für bestimmte Dauer mit Wirkung vom 6. Oktober 1918 an zustande: 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt 54 Stunden wöchentlich und endet Samstag nachmittags spätestens 1/2 Uhr. 2. Stundenverdienst. Der Stundenverdienst einschließlich Teuerungszulage beträgt: 1. für Monteur, die selbständig etwa 6 Jahre im Heizungsfach tätig sind, nicht unter 1,40 bis 1,60 M. 2. für Hilfsmonteur, die über 2 Jahre im Heizungsfach tätig sind, nicht unter 1,10 bis 1,20 M. 3. Auswärtszulagen. Die Auswärtszulage beträgt: 1. Bei Arbeiten am Orte der Firma mit Vorort: für verheiratete Monteur den Tag 1,50 M., für ledige Monteur 75 P. 2. Bei Auswärtsarbeiten ohne Nebenarbeiten: für Monteur den Tag 4 M., für Hilfsmonteur 3 M. 3. Bei Auswärtsarbeiten mit Nebenarbeiten: für Monteur den Tag 7 M., für Hilfsmonteur 4 M. 4. In besonders teuren Orten wird eine höhere Auswärtszulage gegenseitig vereinbart. 5. Ist an Sonn- und Feiertagen die Heimreise nicht möglich, so wird für diese Tage die Auswärtszulage ebenfalls bezahlt. 6. Besonders schmutzige Arbeiten. Bei außergewöhnlich schmutzigen Arbeiten wird unabhängig von den übrigen Verdiensten ein Zuschlag von täglich 2 A. bezahlt. 7. Monteur. Als Monteur gilt, wer selbständig Heizungsanlagen gemacht hat und dies durch Bescheinigung eines Arbeitgebers nachweist. 8. Heimreisen an Feiertagen. 1. Vor den drei hohen Festen ist die Heim- oder Rückreise so anzutreten, daß die Ankunft am Orte der Fabrik nach Möglichkeit dem Schluss der Arbeitszeit entspricht; dabei wird Fahrgehalt, Fahrzeit und die volle Auswärtszulage an den Tagen der Hin- und Rückfahrt von der Firma bezahlt. Fahrzeit gilt als Arbeitszeit. 2. Die Kosten für Reisegepäck über 20 Kilogramm, das von der Firma gestellt wird.

#### Metallarbeiter.

Chemnitz. Die Wahrscheinlichkeit des gelben Sekretärs, der nun auch bewiesen möchte, daß diese Stelle zu besetzen garausen wird. Bei Abschluss der Vereinbarung im November 1917 legte er deshalb seinen Namen unter den Vertrag, der zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Chemnitzer Bezirksverband deutscher Metallarbeiter abgeschlossen wurde, und veröffentlichte diesen Vertrag im Bund, um so den Anschein zu erwecken, als sei der Vertrag von den Gelben selbst abgeschlossen worden. Im Oktober 1918 schloß der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit den hiesigen Metallindustriellen einen neuen Vertrag ab, der gleichzeitig für die Mitglieder des hiesigen

Metallarbeiterverbandes, des Deutschen Goldarbeiter-Verbandes, des Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaftsvereins und des Zentralverbandes der Kupferindustrie Deutschlands Gültigkeit hat. Die hiesigen Metallarbeiter nahmen in 8 Versammlungen zu diesem Vertragsentwurf Stellung, worüber auch die Chemnitzer Volksstimme berichtete. Im Bund wird nun unter Benennung der vertragsstehenden Verbände der Kartellverband Deutscher Werksvereine, Landesverband Sachsen in Chemnitz eingestuft und dadurch der Anschein erweckt, als seien die Gelben als Vertragsgegner in dem Bund aufgenommen worden, was natürlich nicht zutrifft. Der Bund schreibt jedoch hierzu: „Es ist demgegenüber auf, daß die Chemnitzer Volksstimme bei der Aufzählung der vertragsstehenden Parteien den Kartellverband Deutscher Werksvereine fortläßt. Mag dieses Blatt seinen Lesern nicht mitteilen, daß der Kartellverband genau so eifrig für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Chemnitz gewirkt hat, wie alle anderen Verbände? Warum mag es die Volksstimme nicht, ihren Lesern die Wahrheit zu sagen? (Im Bund gesperrt gedruckt.) Auch durch ein solches Wertungssystem wird man das Wachstum der unabhängigen Werksvereinsbewegungen in Chemnitz nicht aufhalten vermögen.“ — Der gelbe Sekretär, der hier seine Wahrscheinlichkeit herauszustreichen versucht, schreibt absichtlich die Unwahrheit und wirft der Volksstimme mangelnde Wahrheitsliebe vor. Die Gelben sind weder zu den Verhandlungen mit hinzugezogen worden, noch haben sie den gemeinsamen Besprechungen der genannten Verbände beigewohnt. Nur durch Fälschung kann die Sache so dargestellt werden, wie es im Bund geschieht. Im übrigen weiß die Chemnitzer Metallarbeiterzeitung sehr gut, daß der Kartellverband des Kartellverbandes Deutscher Werksvereine (Konting) auf ihrem Verbandstag in Berlin im Jahre 1918 erklärte: „Wirtschaftskämpfe zu verhindern und die Erkenntnis von Ueberwiegen der gemeinsamen Interessen der auf Gedeih und Verderb miteinander verbundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern“ sei das Hauptziel des Kartellverbandes Deutscher Werksvereine. Also: an mangelnder Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit fehlt es nicht in der Volksstimme, wohl aber versuchen die Gelben, sich nicht nur mit fremden Federn zu schmücken, sondern sie versuchen sogar, den Latzband zu verdunkeln und zu verdrängen. Die aufrichtige Arbeiterschaft lehnt es deshalb auch ab, den Gelben nachzulaufen.

Gelsenkirchen. Was man der Arbeiterschaft auch in der jetzigen Zeit noch zu bieten mag, zeigt die Leitung der Gelsenkirchener Stahl- und Eisenwerke, vorm. Munscheid & Co. Da wurde vor einigen Tagen der Arbeiterausschuß zusammenberufen und beauftragt, zwei Broschüren an die Arbeiterschaft zu verteilen. Die eine ist die bekannte Schrift des Sparrmachersekretärs Dr. Reichert „Aus Deutschlands Waffenschmiede“, die andere, eine kleine Broschüre, „Gießer ist als Sklave“. Während die erste noch heute für Anexion des französischen Erbes eintritt, ist die andere auf die Melodie gestimmt: durchhalten und wenn auch alles zum Teufel geht. Von einem Verhandlungsfrieden keine Spur. Auf den weiteren Inhalt beider Schriften einzugehen erübrigt sich. Wir fragen aber zunächst einmal die Mitglieder des Arbeiterausschusses, ob sie sich auch vorher darüber vergewissert haben, daß die von ihnen vertretene Arbeiterschaft mit ihrer Rolle als freiwillige alldeutsche Waffenschmiede einverstanden sind? Wir wissen, daß der größte Teil der Belegschaft mit solcher Tätigkeit nicht einverstanden ist. Und es ist dringend notwendig, wenn in Zukunft die Vertreter der Firma nochmals solches Ansuchen an den Arbeiterausschuß stellen, vorher die Belegschaft zu fragen. Es geht doch nicht an, daß sich der Arbeiterausschuß in Gegenwart der Belegschaft stellt. Mühsamerweise haben einige Mitglieder des Arbeiterausschusses den Nummern nicht mitgemacht. Es wäre nun bedeutend besser angebracht, wenn die Firma sich mehr in ihrem Betrieb umsehen wollte, als die Arbeiterschaft mit solcher fragwürdigen geistigen Stoff zu versehen. Von Ordnung ist in den meisten Werksstätten keine Spur zu merken. Drechsler und Rohstoffe liegen überall unher, und die Arbeiter müssen sich erst dort als Altkolben ausbilden, um über die Haufen zu kommen. Oberster Grundsatz ist: „Immer feste Alto“, damit der Gewinn nicht leidet, alles andere scheint mehr nebensächlich zu sein. Das zeigt sich auch im geringsten Maße im Geschäftsergebnis. Während vor dem Kriege kaum Dividenden gezahlt werden konnten, ist 1917 eine Dividende von 30 v. H. gezahlt worden. Dabei gibt es aber noch Löhne, die den Hilfsarbeitern von 80 P. und weniger die Stunde. Erklärte doch der Direktor bei einer Verhandlung dem Sinne nach, daß die Direktoren im Auge ausdrückte, wenn die Hilfsarbeiter Ueberstunden machten, da sie dadurch ihren Verdienst erhöhen könnten. Daß dabei keine entsprechende Leistung erzielt würde, wäre ihm bekannt. Auch in bezug auf die Behandlung wäre es sehr zweckmäßig, wenn die Direktoren einmal nach dem Nechten sehen würde. Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß sich Meister herausgenommen haben, Arbeiter zu verprügeln. Es ist einfach ein Skandal, was die Arbeiterschaft sich nach im fünften Kriegsjahr gefallen lassen muß. Aber leider gibt es ja noch Arbeiter, die sich so etwas gefallen lassen. Leider trägt die Arbeiterschaft an den traurigen Verhältnissen die größte Schuld. Ein Teil hat es in der jetzigen Zeit noch nicht begriffen, wie notwendig der Zusammenschluß in der Organisation ist. Daher wird es nun die höchste Zeit, daß der „Verein der Vertragsgegner“ bei der Firma Munscheid und auch noch auf den meisten anderen Werksstätten in Gelsenkirchen, wo die Verhältnisse nicht besser sind, sich auflöst und die Arbeiterschaft endlich geschlossen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband eintritt. Das ist das Gebot der Stunde.

Göppingen. In unserem Industriegebiet Göppingen stellte die Arbeiterschaft von 30 Betrieben der Metall- und Maschinenindustrie Lohnforderungen an die Unternehmer, die ihre volle Entlohnung durch Verhandlungen unter Beisein von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter, vom Verband zu Verband (Deutscher Metallarbeiter-Verband und Verband Württemberg Metallindustrieller G. V.) ihren Abschluss fanden. Nach den Vereinbarungen werden die bisher gewährten Teuerungszulagen aufgehoben und durch Aufrechnung auf den Stundenlohn oder den Alltagslohn umgelegt. Die Teuerungszulagen betragen in einzelnen Betrieben bis zu 40 v. H. und mehr, um dessen Teil nun der Stundenlohn und auch der Alltagslohn erhöht wird. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß die gewährten Teuerungszulagen nur als vorübergehend betrachtet und gebucht gewesen seien, manneh aber, um die Arbeiter zu befriedigen, jetzt umgelegt würden und der geplante Abbau der Zulagen somit nicht mehr in Frage kommt. Es ist weiter aus der Niederschrift der Vereinbarungen zu entnehmen, daß neben dieser Umrechnung noch eine weitere Steigerung von 10 v. H. der Stundenlöhne und Alltagslöhne erfolgt, so daß die Arbeiterschaft in Göppingen von diesem Ergebnis nicht unzufrieden sein kann. — In den Verhandlungen am 8. Oktober 1918 nahmen teil: als Vertreter der Unternehmer die Herren: Dillenius und Bürger (W. B. M. V.), Rommergermeier (Höfner), Höfner, Höfner, H. Schuler (A. Schuler), H. Märklin (Gebr. Märklin & Co.), Dr. Wolf (G. Rump), Fr. Ulmer (Ulmer & Ströde), Th. Höfner (W. B. M. V.); als Vertreter der Arbeiter die Kollegen: E. Reichel (W. B. M. V.), Fr. Reng (A. Schuler), G. Rump, A. Bauer (W. B. M. V.), R. Doppelstadt (Gebr. Märklin & Co.), G. Müller (Höfner), Höfner. Der Vorsitz führte Herr Direktor Dillenius. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme des nachstehenden Beschlusses der Vertreter der Unternehmer durch die Vertreter der Arbeiter unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe: 1. Es wird darauf hingewirkt, daß alle in Betracht kommenden Firmen die in dem Nachtrag zu den Richtlinien des Kriegsmittelbüros für die Lohnzahlung in Kriegswirtschaftlichen Betrieben der Metall- und Maschinenindustrie (Metall- und Maschinenindustrie) vom 17. 2. 1918 festgesetzten Sätze von 10 v. H. abzüglich 10 v. H. in Göppingen und bis zu 20 v. H. in den Bezugs-

der bisherigen Leistungslage, die künftig wegfällt, erhöht; zu diesen erhöhten Stundenlöhnen wird eine weitere Aufbesserung von 10 v. H. gewährt. Beispiel: Ein Arbeiter hatte bisher 1 M Stundenlohn und 25 v. H. Leistungslage. Dieser Stundenlohn beträgt nunmehr 1,25 M und wird dann um 10 v. H. = 12 1/2 % auf 1,37 1/2 M erhöht. Bruchteile von 0,5 S und darüber sollen aufgerundet werden, sodass der neue Stundenlohn 1,38 M beträgt. Die Aufbesserung einschließlich etwaiger bestehender Zulagen werden im Durchschnitt um 10 v. H. erhöht. Im übrigen muß die Regelung der Zulagen den einzelnen Firmen überlassen bleiben. 4. Die Lohn-erhöhung tritt mit Beginn der nächsten Lohnregelung in Kraft. 5. Die W. M. F. schließt sich von vorkommender Regelung aus, da sie erst im September d. J. entsprechende Verbesserungen gewährt hat; ebenso werden die von anderen Firmen im September etwa gewährten Lohn-erhöhungen angerechnet. — Die Arbeiter in familiären Betrieben haben bereits zu den Abmachungen Stellung genommen und sie einstimmig anerkannt. Die Arbeiterschaft der Firma W. M. F. (Württ. Metallwarenfabrik, Filiale Göppingen) hat, wie bereits bemerkt, eine ähnliche Aufbesserung wohl erhalten, aber in Form einer weiteren Kriegszulage. Die Arbeiterschaft dieses Betriebs hat in ihrer Versammlung ebenfalls einstimmig beschlossen, daß die Umlegung der Kriegszulage auf den Stundenlohn und Abschlag erfolgen solle und es werden Verhandlungen zur Erreichung dieses Zweckes erfolgen. Diesen nennenswerten Erfolg, den die Arbeiterschaft der Metall- und Maschinenindustrie in Göppingen auszuwerten vermag, dankt sie in erster Linie ihrer starken Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem die Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben namentlich fast vollständig angegeschlossen ist. Die Göppinger Arbeiterschaft, die früher weit mehr sich politischen Streitigkeiten ergab und unter ihrer jetzigen Führung erst richtig den Wert der wirtschaftlichen Organisation erkannte, wird diese Ertragskraft ebenso würdigen, wie den Abschluß im Verlauf des Frühjahr 1918, wo eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden die Woche, eine Verdiensterhöhung von 10 bis 15 v. H. und Gewährung von Urlaub erlangt wurde. Während in früheren Jahren vor dem Krieg die Verdienste der Göppinger Metallarbeiter weit zurückstanden gegen die Durchschnittsverdienste an anderen Industriebezirken des Landes, ist nun das Umgekehrte zu verzeichnen, indem die Verdienste und Lohnverhältnisse (von einzelnen Ausnahmen abgesehen) sich über den Verdiensten anderer Orte bewegen. Mögen die Metallarbeiter auch weiterhin in vollem Vertrauen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband stehen, deren Verwaltungsstelle in Göppingen sich die Wahrung der Sache ihrer Mitglieder auch in der Zukunft in jeder Weise angelegen sein lassen wird. Was bisher erlangt worden, muß nicht nur in der Zukunft gehalten werden, sondern die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann und muß noch in weitgehenderem Maße eine Erweiterung erfahren. Dazu bedarf es auch weiterhin der Einigkeit und der Geschlossenheit aller Beschäftigten. Die noch wenigen abseits stehenden nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mögen aus Vorbehalten ebenfalls den richtigen Schluß ziehen und sich nicht, wie bisher, in falscher Scham verstecken, sondern ihren Arbeitskollegen durch den Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband zeigen, daß sie die Zeit erfassen und verstehen, in der sie leben.

## Rundschau

### Aus den Schlichtungsausschüssen.

**Befangenheit eines Beisitzers?** Einem mehr als kleinen Standpunkt wollten die Metallindustriellen von Zweibrücken vor dem dortigen Schlichtungsausschuß Geltung verschaffen. Sie unternehmen einen gemeinsamen Vorstoß, den hiesigen Beisitzer der Arbeiter, den Geschäftsführer Wittenmeier vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, wegen „Befangenheit“ abzulehnen und ihn damit als Beisitzer kassieren. Die Arbeiterschaft des dortigen Industriebezirks hat schon vor einiger Zeit Forderungen an ihre Firmen gestellt und bei dem jammern bekannten „Entgegenkommen“ der dortigen — sehr tatsächl. angelegten Unternehmer — natürlich in keiner Weise auch nur halbwegs genügendes Entgegenkommen gefunden, sodass die Arbeiterschaft die Schlichtungsausschuß anrufen mußte. Die Unternehmer hielten nun unter sich einig, den Beisitzer Wittenmeier als befangen abzulehnen, da er ja doch die ganze Bewegung gemacht habe und nicht ihre Arbeiter. Die erste der Firmen, die vor dem Schlichtungsausschuß kam, die Dingler'sche Maschinenfabrik, stellte nun auch vor Eintritt in die Verhandlung einen dahingehenden Antrag. Der Vorstand der Arbeiter, Bezirksleiter S. S. S., bekämpfte diesen Antrag mit aller Entschiedenheit und verwies darauf, daß, wenn diesem Antrag stattgegeben würde, künftig überhaupt kaum mehr Verhandlungen möglich sein könnten, da ja doch die Unternehmer als solche erst recht als befangen angesehen seien. Es seien Beisitzer anwesend, gegen die selbst zurzeit Klagen nach § 13 anhängig gemacht sind und die sicher ein großes Interesse daran haben, im vorliegenden Falle keine erheblichen Zugeständnisse zu bewilligen, da sie ja sonst wohl mit Recht Rücksichtungen auf ihre eigenen zurzeit schwebenden Bewegungen erwarten. Der Vorsitzende, Herr Hauptmann Weder, im Zivilbauamt Oberlandesgericht, also ein gewiegter Jurist, erklärte zur Sicherheit vorher nochmals bei den ausschlaggebenden Rechtslehrern die Interpretation über den Begriff Befangenheit nachzugehen zu haben; er wisse den Begriff dahin zusammenzufassen: „Befangen ist nicht, wer einem schon vorhandenen Willen Rechtswort gibt, befangen ist, wer einen Willen erst erweckt und denselben in bestimmte Bahnen leitet.“ Deshalb, daß Wittenmeier schließlich dem Willen der Arbeiter Rechnung getragen, die von ihnen erhobenen Forderungen in ihrer Fassung gebracht und sie auf seiner Schreibmaschine veranlagert habe, könne nicht Befangenheit angenommen werden. Der Antrag der Unternehmer, die eine gültigen Verhandlung nicht zugänglich waren und auf Entscheidung beharrten, wurde dann abgewiesen.

### Schwerbeschädigte in der Industrie.

Auf dem Kongreß der Deutschen Vereinigung für Kruppentherapie, der in Wien am 16. September 1918 abgehalten wurde, gab Herr Oberingenieur Dr. Wessmann (Berlin-Oberhavel) zum ersten Male Zahlen über die Gesamtheit der Schwerbeschädigten und der schwerbeschädigten Fabrikarbeiter, die wir zurzeit in Deutschland haben. Als Schwerbeschädigte wurden dabei alle die angesehen, die mit einem von 50 v. H. und darüber zur Entlassung gekommen sind. Noch jüngstjähriger Schätzung ergab sich für den 1. Juli 1918, daß in ganz Deutschland mit etwa 160 000 bereits entlassenen Schwerbeschädigten zu rechnen ist, und daß sich unter diesen etwa 50 000 Fabrikarbeiter befinden. Da nun in Deutschland Industrie zusammenzählen mindestens 8 Millionen männliche und weibliche Arbeitskräfte vorhanden sind, so ergibt sich, daß demnach im Durchschnitt auf 120 gesunde Arbeitskräfte ein schwerbeschädigter Fabrikarbeiter entfällt. Aus dieser Verhältniszahl wiederum ergibt sich, daß wir auch heute noch, trotz der hohen Verluste, die uns dieser Krieg gebracht hat, nicht mit einer Überflutung unserer Industrie durch Schwerbeschädigte zu rechnen brauchen und daß die Beschäftigten der Betriebe durch Einstellung dieser Schwerbeschädigten zurzeit noch nicht gesättigt sind. Das wird in Zukunft um so weniger der Fall sein, wenn die Betriebleiter darauf sehen, den Schwerbeschädigten Gelegenheit zu geben, die Betriebe wieder heranzuführen. Die Erfahrung lehrt, daß es möglich ist, schwerbeschädigte und selbst empfindliche Leute noch bei geeigneter Arbeitsweise so zu beschäftigen, daß sie bis zu 1/4 der Leistung eines Gesunden auszuführen vermögen. Es kann dann also bei 120 gesunden Arbeitskräften nur mit dem Verlust von 1/4 einer Arbeitskraft zu rechnen, was natürlich nicht hinreichend für die Beschäftigung eines Betriebes in die Wege führt, denn auch sonst befinden die gesunden Arbeiter nicht immer aus nur vollen Kräfte. Manche Firmen lehnen allerdings Einstellung Schwerbeschädigter unter Hinweis darauf ab, daß sie Schwerbeschädigte bereits in beträchtlicher Anzahl beschäftigen. Die Beschäftigung der Schwerbeschädigten ist indes nicht nur ein wirtschaftliches Opfer, sondern bei dem heutigen Mangel an Arbeitskräften, empfindlich,

und es sollte deshalb die Aufnahme von Leichtbeschädigten einen Betrieb nicht von der Einstellung Schwerbeschädigter entbinden. Gerade aber gegen diese, die so besonders viel für uns tun und litten, haben wir deshalb auch besondere Pflichten der Dankbarkeit zu erfüllen.

### Kriegsgewinne der Landwirtschaft.

Die landwirtschaftlichen Blätter, allen voran die Deutsche Tageszeitung, lassen keinen Tag vergehen, ohne nicht auf die „Kriegsgewinne“ der Arbeiter hinzuweisen, obwohl schon duzende Male das Tatsachenmaterial der Deffektivität unterbreitet und nachgewiesen wurde, daß von Kriegsgewinnen der Arbeiter keine Rede sein kann. Die erhöhten Löhne bieten bei weitem keinen Ausgleich gegen die fortgesetzten Preissteigerungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und alle übrigen Gebrauchs- und Bedarfsgegenstände. Der Kriegsausbruch für Konsumrenteninteressen weist demgegenüber an der Hand von Beispielen einmal nach, daß die Landwirtschaft gar keine Ursache hat, sich über die „hohen Löhne“ der Arbeiter aufzuregen. Wie sehr die Finanzkraft der Bauern gestiegen ist, beweist uns die am 26. Juni in Nürnberg abgehaltene Versammlung der landwirtschaftlichen Zentral-Darlehensstelle (Zentral-Geldinstitut der deutschen Reichsbank-Gesellschaften). Wie dort berichtet wurde, hat der starke Geldzufluß im Berichtsjahre ebenso angehalten wie 1916. Die Guthaben der Reichsbank-Bereine sind von 79 Millionen am Schlusse des letzten Friedensjahres 1913 auf 429,7 Millionen gewachsen. Die Darlehenssumme ist zur gleichen Zeit von 82 Millionen auf 16,7 Millionen Mark zurückgegangen.

Die westfälischen ländlichen Genossenschaften hielten vor kurzem in Münster i. W. ihren Verbandstag ab. Dort wurde berichtet, daß der Umsatz von 490 Millionen im letzten Friedensjahr 1913 auf 962 550 507 M. gestiegen sei. Die Einlagen betragen 302 643 500 M., die Darlehen 214 478 647 M. Höchst bemerkenswert sind die Ausführungen des Ökonomen Quabel auf dieser Tagung über den Geldzufluß in die ländlichen Spar- und Darlehensvereine; er sagt unter anderem: „Der Geldzufluß ist nachgerade mit einem bindfadenartigen Regen zu vergleichen, der die Wäde und Kanäle bald zum Ueberlaufen bringt und der Sammelstelle der ländlichen Zentralstelle die größte Sorge bereitet, wohin sie die ununterbrochenen Zuflüsse ableiten soll.“ Fast 400 Millionen sind von den westfälischen Genossenschaftskassen auf die Kriegsanleihen gezeichnet, ein weiterer Beweis der gesteigerten Finanzkraft.

Aus der Mark wird unterm 16. Juli berichtet: Seit gestern wird in der Mark gedroschen, Dreifachmandros in noch nie gesehener Stärke sind in den Dörfern erschienen. Die Landleute sind vernünftig, die hohe Frühdroschprämie wird die Geldbeutel füllen und, was die Hauptsache ist, das Korn ist groß und saftig, die Ernte scheint sehr gut zu werden.

Auf diese Dinge hatte bereits das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften vom 12. August hingewiesen. Die landwirtschaftlichen Organe haben darauf bis heute nichts erwidert. Der Kriegsausbruch für Konsumrenteninteressen unterbreitet deshalb mit Recht noch einmal diese Tatsachen, damit nicht die falsche Meinung aufkommt, die Landwirtschaft hätte Ursache neidisch zu sein auf die „Kriegsgewinne“ der Arbeiter.

### Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Ist der Obmann eines Arbeiterausschusses berechtigt, über Verfehlungen der Arbeiter des Betriebes Auskunft zu geben? Diese Frage wurde vom 1. Schöffengericht in Danzig am 9. Januar 1918 behandelt. Zur Verhandlung kam eine Beleidigungsklage des Drehers J. vom christlichen Metallarbeiterverband gegen den Obmann des Arbeiterausschusses K. vom Deutschen Metallarbeiter-Verband. Der Beklagte war beschuldigt, am 7. September 1917 in einer Vertrauensmännerversammlung der freien Gewerkschaften den Drehers J. dadurch beleidigt zu haben, daß er auf Befragen des Leiters der Vertrauensmännerarbeit die Auffassung des Drehers J. vom christlichen Metallarbeiterverband zu der bevorstehenden Arbeiterauswahl irgend etwas vorlege, was geeignet erscheinen könnte, bei der Belegschaft des Betriebes Mißtrauen gegen ihn zu sünden, erklärte: der Drehers J. vom christlichen Metallarbeiterverband sei in eine Entlassungsliste eines anderen Drehers verwickelt gewesen, die zur Entlassung des Betroffenen geführt hätte.

Hierin erklärte der Drehers J. eine Beleidigung und strengte die Klage an. Das Schöffengericht in Danzig hat den Angeklagten freigesprochen. Es führte in der Begründung im wesentlichen aus: „Von einer strafbaren Beleidigung seitens des Angeklagten kann hieraus keine Rede sein. Zugleich sei bemerkt, daß der Angeklagte auch dann sich nicht strafbar gemacht haben würde, wenn seine Äußerung so gelautet hätte (Kläger behauptete, K. hätte in fraglicher Sitzung gesagt, der Drehers J. habe an die Belegschaft einen anonymen Brief geschrieben, worauf ein anderer Drehers entlassen wurde.) wie der Privatkläger behauptet und unter Zeugenbeweis gestellt hat, denn die Hauptverhandlung hat ergeben, daß der Angeklagte lediglich berechtigter Interessen wahrnahm (§ 193 StGB), während irgendeine beleidigende Absicht nicht im geringsten ersichtlich ist. Der Angeklagte war hierauf von der Klage aus § 185, 186 und 194 StGB. freizusprechen.“ Die Klage trägt der Privatkläger.

## Vom Ausland

### Österreich.

**Lebensbewegung im kaiserlich-österreichischen Industriegebiet.** Die Arbeiter des kaiserlich-österreichischen Industriegebietes stellen im August an ihre Betriebsleitung die Forderung auf eine Lohn-erhöhung von 35 v. H. Nach dreiwöchiger Ueberlegung kam die Direktion zu der Ansicht, daß man die Forderung nicht ablehnen könne, der Bewilligung stand jedoch die Leistung entgegen, mit der man bisher Arbeiterleistungen behandelt hatte. Auch die Rücksicht auf die Unternehmungskonjunktur war dabei maßgebend. Auf dem Werke waren bisher die Arbeiter in dem Glanzen gezogen worden, daß sie Alles von der Gnade des Betriebes zu empfangen hätten. Nach dem Einsetzen des Krieges gab es da Wohlstandswünsche verschiedener Art, durch die die Arbeiter angeleitet von den hiesigen Sorgen befreit sein sollten. Wie man die Forderung der Arbeiter erledigen? Man entschied sich für die amtlichen Bescheidenausschüsse zur Entscheidung zu unterbreiten. Darüber wenig genaue Zeit. Die Verhandlung wurde immer schlechter, die Entschlossenheit der Arbeiter eine nicht mehr zu überwindende Beschäftigung. Die entschlossene sich die Arbeiter des ganzen Werkes und stellten in einer Delegierten Versammlung auf Lohn-erhöhung, Regelung der Zulagen und Verkürzung der Arbeitszeit. Entschlossen wurde die Verhandlung der Kommission auf der 23. August angelegt; die Bescheidenausschüsse wurde durch eine große Versammlung, die auf dem kaiserlich-österreichischen unter freiem Himmel abgehalten wurde, über die Stimmung und die Erwartungen der Arbeiterschaft unterrichtet. Das große Wichtigste zur Bescheidenausschüsse kam zum Ausdruck, der Ruf nach dem gesetzlichen Kampf wurde laut. Die Bescheidenausschüsse hat ihr nicht verstanden. Es war ein heiserer Kampf; der Ausschuss, der Direktor des kaiserlich-österreichischen Werkes selbst erschien vor der Kommission, um die Sache des Betriebes zu führen. Allen Forderungen der Arbeiter stellte er eine hartnäckige Weigerung entgegen. Und doch hatte er nur teilweisen Erfolg. Die Entscheidung fiel: die Lohn-erhöhungen wurden für Jugendliche um 10 Heller, für ledige Erwachsene um 30 Heller, für Verheiratete um 50 Heller täglich erhöht; die Post- und Bescheidenausschüsse sollte von der Verkürzung getrennt werden; die Preise in der Warenhalle und in den Speisehallen sollten ohne Erhöhung bleiben, und schließlich sollten im Schwerindustrie mit den Betriebsausschüssen der einzelnen Betriebe die Schlicht- und Abmachungen binnen 6 Wochen geprüft, geregelt und der Bescheidenausschüsse zur Genehmigung vorgelegt werden.

Nach zwei Wochen hatten die Arbeiter schon gemerkt, und man sollte sie sich mit 10 bis 50 Heller täglich abgeben lassen und dann

welters 6 Wochen warten? Die Vertrauensmänner waren bereit, der Arbeiterschaft vorzuschlagen, daß sie die Behandlung der Deffektivität abwarten soll. Aber die Rücksicht, die in der Nacht vom 29. auf den 30. August arbeiten sollte, stellte die Arbeit ein, weil die Entschlossenheit, welche durch die Entscheidung der Bescheidenausschüsse hervorgerufen wurde, zu groß war. Gegen die Entscheidung wurde das arbeitende Volk aufgerufen. Der Ausstand bereitete sich alsbald über den ganzen Bezirk, von Oberberg bis Stading. Ueber 50 000 Mann standen im Streik. Jeden Tag wuchs die Gefahr, daß der Streik auch auf die Kohlengruben übergreifen werde. Man versuchte, den Streiks durch Gewalt Herr zu werden; der Plan mißlang. Und da erwies sich die Verhandlung für besser. Und so wie vor der Bescheidenausschüsse, wurde die Sache der Arbeiter auch weiter vom Metallarbeiter-Verband geleitet und mit Erfolg beendet. Die Bescheidenausschüsse wurde neuerlich angeordnet. Das Spiel, das die Verkürzung die Entscheidung der Kommission, diese wieder dem Werke überließ, war nicht fortzusetzen. Es gibt keine Verurteilung gegen Entscheidungen der Bescheidenausschüsse, das Recht empfinden der Arbeiter erganz sich, und das zweite Urteil rachte den Arbeitern einen neuen Erfolg. Die Löhne wurden erhöht, die niedrigsten, die 4-Kronen-Löhne, um 30 v. H., die weiteren in Staffeln immer um einen geringeren Satz, die 5- bis 7-Kronen-Löhne um 25 v. H. usw., bis zu den 18-Kronen-Löhnen, die um 10 v. H. erhöht wurden. Bei Uebertritt in einen höheren Lohn darf kein Arbeiter weniger verdienen als früher. Die übrigen Bestimmungen des ersten Urteils bleiben aufrecht.

Mit diesem, allerdings nur für das kaiserlich-österreichische Werk gefällten Urteile gab sich die Arbeiterschaft vorläufig zufrieden, natürlich, ohne auf die Regelung der Arbeitszeit zu verzichten; am 9. September lehrte der erste Teil der Arbeiter zur Arbeit zurück. Ihnen folgten am 10. September die Arbeiter der anderen Betriebe, nachdem ihnen die Zugabe gegeben wurde, daß die Kommission zu ihren Gunsten nicht schlechter entscheiden kann als für Witkowitz. Und stolz, als Sieger, gingen die Arbeiter solidarisch wieder zur Arbeit.

### Schweiz.

**Beitrags-erhöhung.** Der Vorstand des Schweizerischen Metallarbeiter- und Uhrmacher-Verbandes hat am 27. September 1918 den Beschluß gefaßt, folgenden Antrag der Urabstimmung der Mitglieder zu unterbreiten:

„Der ordentliche Beitrag beträgt 70 Rappen (bisher 60 Rp.) die Woche, Mitglieder, die weniger als 5 Franken pro Tag verdienen, und Beihilfe zahlen 40 Rp. (bisher 30 Rp.) die Woche. (In diesen Beiträgen sind nur 10 Rp. Sozialbeitrag inbegriffen. Sektionen und höhere Sozialzuschläge haben entsprechend höhere Beiträge zu erheben.) Der Beitrag für die Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse 1. Klasse ist 70 Rp. höher (bisher 60 Rp.).“

Zur Begründung des Antrags wird in der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung angeführt, daß die unheimliche Lauerung aller Bedarfsgegenstände zu Hunderten von Bewegungen und zu zahlreichen zum Teil hartnäckigen Streiks geführt habe. Es handle sich nicht nur um eine vorübergehende Lauerung, sondern um eine bleibende Geldentwertung, die heutige Beitragsleistung ließe deshalb zu den Ausgaben des Verbandes in keinem richtigen Verhältnis mehr. Seit der Beitrags-erhöhung vom 1. April 1918 seien gleichzeitig die Streik- und Arbeitslosenunterstützung bedeutend erhöht, die Ausgaben der Sektionen für die Sekretariatskosten von der Zentralstelle übernommen und gleichzeitig die Mitbewilligungen an diejenigen Sektionen ohne ständige Sekretariate von 2 v. H. auf 5 v. H. erhöht worden. Die Ausgaben für die Zeitungen und sämtliche Druckkosten seien fortwährend gestiegen und betrügen heute das Dreifache gegen 1914. Gestiegen seien infolge der Geldentwertung auch die Ausgaben für die Verwaltung. Die größten Ausgaben verursachten aber die Streik- und Krankenunterstützung. Ab 1. Januar bis jetzt mindestens 600 000 Fr. nur für Streikunterstützungen, für Krankengelder in den ersten drei Vierteljahren ebenfalls rund 600 000 Fr. Diese Leistungen seien nur möglich gewesen durch die große Mitgliederzahl. Die Bewegungen seien aber noch nicht abgeschlossen, sondern werden zunächst so lange mit Schärfe andauern, bis ein besserer Ausgleich der Lauerung und der Löhne erreicht ist. Neben den Lohnfragen drängten auch andere Fragen, wie allgemeine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Verkürzung der Arbeitszeit, die zu Konflikten und Kämpfen führen könnten. Es gelte, auch für die Zukunft gewappnet zu sein, den Kampf zu führen.

### Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Technik für Alle. Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Gewerbe, Handel, Weltwirtschaft, Technik und Industrie. Verlag der Technischen Monatshefte, Frankfurter Verlags- und Druckerei, Stuttgart. Preis vierteljährlich 1,45 M. — Den gewaltigsten Aufschwung hat der Krieg wohl auf dem Gebiet des Flugzeugbaues hervorgerufen. Das nimmt nicht wunder, wenn man bedenkt, daß mit einem Male die größten Anforderungen an das Flugzeug gestellt wurden, das bisher keinen Bedürfnisse des täglichen Lebens diente, sondern von Anfang an lediglich für den Sport und erst später für militärische Zwecke Verwendung fand. Einen lehrreichen Einblick in die Entwicklung des Flugzeuges und was damit zusammenhängend ist, gibt die bekannte Zeitschrift Technik für Alle in dem Doppelheft 4/5, das ausschließlich als Flugzeugheft gedacht ist und von Fachmännern und Berufspiloten bearbeitete Aufsätze aus allen Gebieten des Flugzeugwesens enthält. Reg.-Rat Dr. Schuster beschreibt in einer längeren Abhandlung mit 48 Abbildungen die hauptsächlichsten Arten der Flugzeuge im Krieges. Im Felde stehende Piloten und Flugzeugführer schildern die „Baffen des Fliegers“, die „Ausbildung des Kriegesfliegers“, die verschiedenen „Arten der Flieger“. Dann folgt ein Abschnitt „Fliegererlebnisse“. Das ganze Heft ist so reichhaltig und dann so geschickt zusammengestellt, daß wir jede Anschaffung — es ist auch einzeln zum Preise von 1 M. erhältlich — jedermann empfehlen können.

## Verbands-Anzeigen

### Mitgliederversammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)  
 Samstag 9. November:  
 Speyer a. Rh., Badenberg, 8 Uhr.  
 St. Gallen, Fürstentum, 8 Uhr.  
 Samstag 16. November:  
 Wetzlar, Korbach, halb 9 Uhr.

### Bekanntmachungen der Orts-Verwaltungen u. dergl.

Ungersburg. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldigen Eintritt einen zweiten Geschäftsführer. Es wird auf eine energische und selbstständige Kraft gesehen, welche alle Verwaltungsarbeiten zu leisten imstande ist, in der Leitung verwendet werden kann und rednerisch begabt ist. Bewerbungen können sich nur Verbandsmitgliedern, welche eine fünfjährige Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiter-Verband ausweisen können. Die

Anstellung erfolgt nach der Beschlüssen der 11. und 13. Generalversammlung. Die Bewerbungen, welchen ein kurzer Schriftsatz über die Aufgaben eines Geschäftsführers vom Deutschen Metallarbeiter-Verband beizulegen ist, sind spätestens bis zum 15. November an Karl Bernthaler, Ungersburg, Lindenstraße 2, zu richten.  
 Weiden O.-S. Das Verbandsbüreau befindet sich Gräbnerstraße 10a. Sprechstunden von mittags von 10 bis 12 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr. Alle Entsendungen sind zu richten an den Geschäftsführer Otto Windhövel, Weiden O.-S., Gräbnerstraße 10a.  
 Götterden.  
 Leipzig. Wolf Str., Dreher, 28 J. Tuberkulose.  
 — Maria Walter, Arbeiterin, 23 J. Grippe und Lungenerkrankung.  
 — Elsa Dehlan, Arbeiterin, 31 J. Grippe und Lungenerkrankung.